

Bitte Sperrfrist beachten: Sonntag, 07.06.2026, 10.00 Uhr!  
Es gilt das gesprochene Wort!

**„Wir feiern die Zivilgesellschaft“!**  
**Festakt im Rahmen der Tagung „Zivilgesellschaft und Demokratie“**  
**anlässlich der Verabschiedung von Brigitte Grande als Vorsitzende des**  
**Freundeskreises der Akademie**  
**am 7. Juni 2026**  
**Begrüßung**  
**Pfarrer Udo Hahn, Akademiedirektor**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihnen allen ein herzliches Willkommen in der Evangelischen Akademie Tutzing zum Festakt „Wir feiern die Zivilgesellschaft!“ anlässlich der Verabschiedung der Vorsitzenden unseres Freundeskreises, Brigitte Grande!

Hochverehrte Frau Bundesministerin Leutheusser-Schnarrenberger, ich begrüße Sie sehr herzlich und freue mich, dass Sie als unser Ehrengast den Festvortrag halten! Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wurde soeben von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier für ihren Einsatz für Freiheit und Rechtsstaat und gegen Antisemitismus ausgezeichnet. Der Verdienstorden ist ihr am Donnerstag im Schloss Bellevue überreicht worden. Wir gratulieren herzlich und freuen uns mit Ihnen über diese verdiente Ehrung!

Erlauben Sie mir bitte, dass ich weitere Gäste namentlich begrüße, die wir am Ende mit einem großen Applaus willkommen heißen...

Dieser Festakt ist Bestandteil einer Tagung, die wir in Kooperation mit dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung geplant haben. Es ist die vierte Tagung seit 2019. Und ich begrüße den Gründungsdirektor des Zentrums, Prof. Dr. Edgar Grande sowie seinen Nachfolger und amtierenden Direktor, Prof. Dr. Swen Hutter.

„Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke: Zivilgesellschaft in Deutschland“ – so lautete das Thema der ersten Tagung. Es folgten „Die Zukunft der Zivilgesellschaft“ sowie „Zivilgesellschaft macht Bildung“. Und an diesem Wochenende ging es um „Zivilgesellschaft und Demokratie“.

„Zivilgesellschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Stütze der liberalen Demokratie.“ Mit dieser Feststellung haben wir die Tagung eröffnet und in praktisch allen Beiträgen der Expertinnen und Experten sowie der Teilnehmenden aus zivilgesellschaftlichen Netzwerken selbstbewusst festgehalten: Ohne Zivilgesellschaft geht es nicht.

Was so selbstverständlich klingt, erweist sich in der Praxis inzwischen als Fundament mit Rissen. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die Propaganda rechtsextremer Kräfte und ihrer medialen

Netzwerke, die bestimmte Förderprogramme des Bundes – etwa „Demokratie leben!“ – skandalisieren, eine Bedrohung durch „linke Lobbygruppen“ an die Wand malen und die genehmigende Ebene im Bundesfamilienministerium einfach als „linken Beamten-Deepstate“ (Nius) verunglimpfen.

Worum es den Kritikern eigentlich geht: um die politische Delegitimierung dieser Bildungsarbeit unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeitsdebatte. Dabei behaupten sie, staatlich geförderte Organisationen unterlägen einer Neutralitätspflicht, die sich aus der Neutralitätspflicht des Staates ableite. Verfassungsrechtlich ist das aber nicht haltbar. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach betont, dass sich die Neutralitätspflicht des Staates auf das Handeln der Exekutive, aber nicht auf die Meinungsäußerungen und die politische Arbeit unabhängiger zivilgesellschaftlicher Akteure bezieht.

In einer liberalen Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland ist eine funktionierende Zivilgesellschaft ein Erfolgsfaktor. Eine liberale Zivilgesellschaft trägt zur demokratischen Kultur bei: durch Kritik an parlamentarischer und exekutiver Politik insgesamt, indem sie Transparenz und Rechenschaft einfordert sowie die Anliegen artikuliert, die im Meinungsdiskurs unterrepräsentiert sind. Zivilgesellschaftliche Organisationen engagieren sich u. a. gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Queer-Feindlichkeit, setzen sich für Umwelt- und Klimaschutz ein. Ihre Arbeit dient dem Gemeinwohl. Sie ist aber nicht neutral, sondern wertengebunden. Wie dies z. B. der Beschluss „Jugendarbeit stärken – Für einen demokratischen Diskurs“ der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) aus dem letzten Jahr hervorhebt: „Erfolgreiche demokratische Jugendarbeit ist entsprechend der Werte des Grundgesetzes und der darin garantierten Rechte ausgerichtet. Dabei sind Offenheit, Vielfalt und Pluralität, Kontroversität, Befähigung zur eigenständigen Orientierung sowie ein Indoktrinationsverbot in der Jugendarbeit Arbeitsmaxime. Sie dürfen nicht durch Forderungen nach politischer Neutralität gefährdet bzw. in Frage gestellt werden.“ Was ich eben zitiert habe, gilt nicht nur für die Arbeit mit jungen Menschen. Das gilt für die gesamte Bandbreite der Aktivitäten einer liberalen Zivilgesellschaft.

Bislang ist es unter allen demokratischen Parteien Konsens, dass durch zivilgesellschaftliche Akteure u.a. Zusammenhalt, Respekt, Empathie, Anstand, Toleranz, Verantwortung und Zivilcourage gefördert werden. Basis dieses Konsenses wiederum ist ein Verständnis von Bildung, das von einem emanzipatorischen Ansatz geprägt ist: sich ein eigenes Urteil zu bilden. Dazu braucht es unterschiedliche Perspektiven, den Diskurs, auch die Polarisierung. In diesem Prozess setzt sich nicht einfach eine Position durch, vielmehr werden Kontroversen moderiert, so dass ein Kompromiss entstehen und ein Konsens gefunden werden kann.

Unsere Demokratie hat nicht den unmündigen Untertan, sondern den Citoyen als Leitbild: den Staatsbürger, der in der Tradition und im Geist der Aufklärung aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnimmt und dieses mitgestaltet. In der liberalen Demokratie ist Widerspruch nicht nur möglich, sondern ein unverbrüchliches Recht. Kritik an politisch Verantwortlichen ist keine Majestätsbeleidigung, sondern legal. Nur in Autokratien und Diktaturen wird Widerspruch kriminalisiert.

Mir scheint, dass dieses Grundverständnis nicht mehr uneingeschränkt geteilt wird. Oder – womöglich unabsichtlich – in Kauf genommen wird, dass die liberale Zivilgesellschaft

geschwächt wird. Gerade in einer Zeit, in der die Demokratie von extremen politischen Akteuren immer weiter unter Druck gesetzt werde, müssen demokratiefördernde Projekte und Maßnahmen durch den Staat noch nachdrücklicher unterstützt werden. Die Zivilgesellschaft braucht die finanzielle Unterstützung des Staates. Ohne sie wird es nicht gehen.

Natürlich ist es legitim, wenn die Bundesregierung Förderprogramme überdenkt und neu ausrichtet – ob im Bereich der Wirtschaft oder der Bildung. Mit Sorge sehe ich die Pläne von Bundesbildungsministerin Karin Prien, das Demokratie-Förderprogramm des Bundes neu aufzustellen. Meine Sorge wird von vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren geteilt und wurde auch bei dieser Tagung zum Ausdruck gebracht.

Tatsächlich wären die Folgen erheblich, wenn zum Jahresende 2026 zwei zentrale Programmbereiche – die Förderung bundeszentraler Infrastrukturen sowie die Innovationsprojekte – auslaufen. Damit verbunden wäre auch ein erheblicher Verlust an Fachkräften, gewachsenen Netzwerken und tragfähigen Strukturen der politischen Bildung. Besonders problematisch erscheint dies mit Blick auf strukturschwächere Regionen, insbesondere in Ostdeutschland, wo zivilgesellschaftliche Initiativen häufig eine tragende Rolle für die demokratische Bildungsarbeit spielen. Fällt die Förderung weg, entstehen in der Folge gerade dort Lücken, wo antidemokratischen Entwicklungen besonders entschieden entgegengewirkt werden müsste.

Zugleich sind viele Engagierte, die sich für eine resiliente Bürgergesellschaft einsetzen, Anfeindungen, Bedrohungen und mitunter auch Gewalt ausgesetzt. Das Bundesprogramm muss daher auch künftig gezielt dazu beitragen, diese Akteurinnen und Akteure zu stärken – und insbesondere diejenigen unterstützen, die von Diskriminierung betroffen oder in besonderer Weise gefährdet sind.

Fachorganisationen der politischen Bildung wie der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V., die Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) sowie die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) e.V. haben unlängst eine gemeinsame Stellungnahme zu den geplanten umfassenden Veränderungen veröffentlicht, deren Überlegungen ich teile. Ihr Ziel muss u.a. sein:

- Politische Bildung stärken
- Pluralität und Subsidiarität als Grundprinzipien verankern

Politische Forderungen nach sowie die Umsetzung einer verstärkten Prüfung der geförderten Träger auf ihre Verfassungstreue erwecken den Eindruck eines generellen Misstrauens gegenüber der demokratischen Zivilgesellschaft. Die demokratischen Parteien sollten es eigentlich besser wissen.

Der Umbau des Programms wird politisch unter anderem mit dem Ziel begründet, die „Mitte der Gesellschaft“ besser zu erreichen. Dabei zeigen vorliegende Evaluationen deutlich, dass die geförderten Träger bereits heute in die Breite der Gesellschaft hineinwirken.

Damit dies so bleibt, braucht es eine plural aufgestellte Trägerlandschaft innerhalb des demokratischen Spektrums, die unterschiedliche Zielgruppen und Milieus erreicht. Diese

Pluralität gilt es zu sichern und weiter zu stärken. Für das Verhältnis zwischen Staat als Fördergeber und den zivilgesellschaftlichen Trägern sollte das Strukturprinzip der Subsidiarität stärker als bisher leitend sein. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Träger nach politischen Kriterien ausgewählt werden oder im staatlichen Auftrag handeln.

Ich habe die Tagung „Zivilgesellschaft und Demokratie“ als ausgesprochen hilfreich empfunden. Sie hat zur Vergewisserung beigetragen, dass wir als unterschiedliche Akteure Richtiges tun: Menschenwürde schützen, Freiheit und Vielfalt sichern, Zusammenhalt stärken. Von dieser Tagung geht auch viel Ermutigung aus, sich nicht zurückzuziehen und demokratiefeindlichen Kräften keinen Raum zu gewähren.

Ich habe in meiner Begrüßung etwas weiter ausgeholt. Die Veränderungen, die sich abzeichnen, gehen aus meiner Sicht über Reformen, die es schon immer gab, deutlich hinaus. Sich die möglichen Folgen vor Augen zu führen, ist vor diesem Hintergrund dringend geboten.

Jetzt freuen wir uns auf den Vortrag von Bundesministerin a.D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Sie haben das Wort und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!